



Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen Eichenau
Thomas Barenthin
Marion Behr
Christine Ganzhorn
Rike Schiele

Gemeinde Eichenau
Hauptplatz 2
82223 Eichenau

Eichenau, 11.07.2019

Antrag: Resolution zum Klimanotstand

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats,

im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen wir folgenden Antrag:

Die Gemeinde Eichenau ruft den Klimanotstand aus. Der Gemeinderat erkennt an, dass die Gemeinde Eichenau mäßig aber dennoch weiter wächst, sich entwickelt und vielfältige Aufgaben hat. Um diese Entwicklung nachhaltig und klimafreundlich zu gestalten verabschiedet er folgende Resolution:

Die Gemeinde Eichenau

- erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.
- erkennt, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung bis 2050 auf die angestrebten 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.
- berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen. Es werden diejenigen Lösungen bevorzugt, die möglichst stark den Klima-, Umwelt- und Artenschutz berücksichtigen und den Klimawandel und dessen Folgen abschwächen. Hierzu sollen für sämtliche Beschlussvorlagen die besten Möglichkeiten für Klima-, Umwelt- und Artenschutz dargestellt und anhand der bestmöglichen Lösung bewertet werden.
- fordert den Bürgermeister auf, dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit jährlich über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten und daraus Konsequenzen ziehen.



- fordert auch andere Kommunen, die Bundesländer und die Bundesrepublik Deutschland auf, dem Konstanzer, Münchner und Eichenauer Vorbild zu folgen und den Klimanotstand auszurufen. Insbesondere macht er Landkreis, Land und Bund darauf aufmerksam, dass ein vollständiges Einhalten der Klimaschutzziele auf kommunaler Ebene unter den derzeitigen Rahmenbedingungen noch nicht möglich ist. Erst ein vollständiger Abbau weiterhin bestehender Subventionen für fossile Energieträger, eine sozial gerecht ausgestaltete CO₂-Bepreisung, eine grundlegend veränderte Verkehrspolitik und eine klimaschutzkonforme Förderung des sozialen Wohnungsbaus würden hier das dringend benötigte Fundament legen.
- fordert auch die gemeindliche Beteiligungsgesellschaft auf, das oben genannte Verfahren anzuwenden und sich verstärkt mit den Möglichkeiten im Klimaschutz auseinanderzusetzen. Dem Gemeinderat wird dazu vor Jahresende Bericht erstattet.

Begründung:

Der Mensch hat einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen mitverursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die Erwärmung der Erde muss begrenzt werden, die Weltgemeinschaft hat in Paris 2015 dazu einen klaren Zielkorridor definiert. Dieser völkerrechtliche Vertrag muss nun auch auf der kommunalen Ebene umgesetzt werden, denn der „Klimanotstand ist bittere Realität“: Tod, Vertreibung und Hunger – Folgen des Klimawandels, wie der neue, mittlerweile 25. Klimabericht der UNO Ende März 2019 konstatiert.

Diese Realität ist den Menschen weltweit bewusst: Die Mehrheit der Menschen sieht den Klimawandel laut einer internationalen Studie 2018 als die größte Bedrohung für Sicherheit und globalen Wohlstand (PEW-Studie 2018).

Darüber hinaus hat sich der Landkreis Fürstfeldbruck im Jahr 2000 die Vision gesetzt, bis 2030 zu 100 % auf erneuerbare Energien umzusteigen, bei gleichzeitiger Halbierung des Energieverbrauchs. „Zwischen 2010 und 2015 stiegen, vor allem bedingt durch den Zuwachs der Bevölkerung und Beschäftigten im Landkreis, die absoluten CO₂-Emissionen um +4,7% auf knapp 1,5 Mio. Tonnen Kohlendioxid (t CO₂). Die spezifischen CO₂-Emissionen blieben mit 6,9 Tonnen Kohlendioxid je Einwohner (t CO₂/EW) auf dem Niveau des Jahres 2010“, heißt es in der Energie- und CO₂-Bilanz des Landkreises Fürstfeldbruck und 14 seiner Kommunen vom 22. März 2018. Weiter bilanziert der o.g. Bericht zur CO₂-Bilanz des Landkreises Fürstfeldbruck, dass die CO₂-Emissionen „um mindestens weitere -40% je Einwohner reduziert werden“ müssten, um die ehrenden Ziele des Landkreises überhaupt noch erreichen zu können.

Das derzeitigen Klimaziele des Landkreises und der Gemeinde Eichenau und Maßnahmen (u.a. „Klimaschutzmaßnahmen – Perspektive bis 2020“) reichen bei Weitem nicht aus, um das Pariser Klimaschutzabkommen auf kommunaler Ebene umzusetzen. Dementsprechend müssen die Anstrengungen der Gemeinde beim Klimaschutz beschleunigt werden. Konstanz, München, Regensburg und andere Städte wie Basel und Vancouver machen es vor.



Dieser Antrag basiert zu einem großen Teilen auf dem Antrag der Grünen Fürstenfeldbruck.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundlichen Grüßen

Thomas Barenthin,
Marion Behr,
Christine Ganzhorn,
Rike Schiele